

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der 27. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Halle (Saale)  
am 17.04.2002 – *ö f f e n t l i c h***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal

**Zeit:** 16.15 Uhr bis 17.00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerliste im Anhang

Die 27. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid **Häußler**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler schlug nach Anfrage vor, die Vorstellung der Kandidaten für die Beigeordnetenstelle des Geschäftsbereiches I – Zentraler Service in den nichtöffentlichen Teil zu verlegen.

**Abstimmung zur diesem Vorschlag: einstimmig z u g e s t i m m t**

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Damit bestätigten die Mitglieder des Hauptausschusses ohne förmliche Abstimmung folgende **T a g e s o r d n u n g**:

- 1 Genehmigung der Niederschrift der 26. Sitzung des Hauptausschusses am 20.03.2002 (öffentlicher Teil)**
- 2 Wahl von Schiedspersonen**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02233
- 3 Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 4 Anfragen von Stadträten**
- 5 Mitteilungen**

## **Zu TOP 01 – Genehmigung der Niederschrift**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 26. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses.

Die Mitglieder des Hauptausschusses **genehmigten** ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 26. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 20.03.2002 in der vorliegenden Form.

## Zu TOP 02 – Wahl von Schiedspersonen

Vorlagen-Nr. III/2002/02233

---

Frau **Krischok**, PDS-Fraktion, stellte folgende Fragen und bat um deren schriftliche Beantwortung bis zur Stadtratstagung.

Wieviel Fälle seien in den Schiedsstellen im Jahr 2002 aufgetreten?

Warum seien nicht überall drei Personen gedacht?

Herr **Borries**, Leiter des Amtes für Rechtsangelegenheiten, antwortete, es seien die Personen aufgestellt worden, die sich beworben hätten und vom Amtsgericht als fachlich geeignet bestätigt worden seien. Es seien nicht genügend Bewerber gewesen, um für jede Schiedsstelle drei Personen aufstellen zu können.

Frau **Krischok** fragte weiter zur Regelung der Öffnungszeiten der Schiedsstellen. 1996 seien einheitliche Öffnungszeiten gewesen. Mittlerweile seien die Öffnungszeiten sehr individuell. Wie werde mit den Schiedsstellen verfahren, wo neu angefangen werde? Habe die Verwaltung da eine Orientierung vorgesehen?  
Zu den Räumlichkeiten der Schiedsstellen: Delta-Kindergarten – sei dies klar geregelt worden?

Herr **Borries** sagte zu, dies noch einmal abzuklären.

Frau **Krischok** ging weiter auf die Räumlichkeiten in der Friedensschule ein, wo der Speisesaal genutzt werde. Es sei bereits 1996 angefragt worden, ob das Ammendorfer Rathaus zur Verfügung stehen könnte. Sei diese Prüfung erfolgt?

Herr **Borries** antwortete, es sei geprüft worden. Das Rathaus sei aber nicht in dem Zustand, dass man ohne Weiteres Sprechstunden dort anbieten könne.

Frau **Krischok** regte an, die Regelung mit den Räumlichkeiten in der Friedensschule günstiger zu gestalten.

Sie fragte weiter nach den entstandenen Kosten bei Beschädigungen (öffentliche Briefkästen u.a.). Sei es richtig, dass drei Personen in der Stadtverwaltung mit der Verwaltung von Schiedsstellen befasst seien?

Herr **Borries** antwortete, Frau Rohne vom Rechtsamt bearbeite die Schiedsstellen direkt; Die Abrechnungen würden über das Amt von dem zuständigen Haushaltssachbearbeiter bearbeitet; ca. 2 % dieser Tätigkeit befasse sich mit Haushaltsangelegenheiten der Schiedsstellen.

Frau **Krischok** fragte abschließend, wie die Veröffentlichung der Angaben nach der Wahl erfolgen werde.

Herr **Borries** antwortete, die Bekanntmachung erfolge im Internet und im Amtsblatt auf üblichem Wege.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, erklärte, die Vorlage der Verwaltung sei sehr gut. Eine politische Entscheidung, die sich aus der Gesetzesänderung ergebe, sei im Stadtrat notwendig. Im Gesetz heiße es, dass die Schiedsstellen mit einer Schiedsperson zu besetzen seien, das sei die Norm. Der Gesetzgeber lasse aber als Ausnahmeregelung drei Schiedsleute zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung zur Vorlage: einstimmig z u g e s t i m m t**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:**

**Der Stadtrat wählt aus den Wahlvorschlägen für jede Schiedsstelle mindestens eine bzw. maximal drei Schiedspersonen.**

---

**Zu TOP 03 – Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge vor.

## Zu TOP 04 – Anfragen von Stadträten

---

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, sprach die monatlichen "Lohnabrechnungen", in denen die Aufwandsentschädigungen der Stadträte ausgewiesen werden, an. Das sei nicht nötig.

Die Mitglieder des Hauptausschusses einigten sich, dass die jetzige Regelung beibehalten werden soll.

Frau **Krischok**, PDS-Fraktion, wies darauf hin, dass auf diesen Abrechnungen der Name der Stadt nicht in der korrekten Schreibweise geschrieben werde. Sie fragte zur Werbung einer Partei auf einem HWG-Haus.

Herr **Kley**, FDP-Fraktion, stellte richtig, dass betreffende Haus gehöre nicht der HWG.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, fragte, wie weiter mit dem Haushalt verfahren werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, in der Beigeordnetenkonferenz habe man sich damit beschäftigt, wie es weitergehen könnte. Eine unveränderte Vorlage könne nicht wieder in der Stadtrat eingebracht werden. Es sei überlegt worden, mit welcher Qualifizierung des Konsolidierungskonzeptes ein neues Papier vorgelegt werden könnte. Sie sei sehr daran interessiert, so bald als möglich sich wieder mit dem Haushalt zu befassen.

Es gebe drei Möglichkeiten: Entweder man qualifiziere das Haushaltskonsolidierungskonzept so, dass es wirklich mit Maßnahmen untersetzt sei, damit käme man in den Herbst.

Man könnte eine "in etwa" Qualifizierung vornehmen und damit vielleicht vor der Sommerpause in den Stadtrat gehen. Dabei könnte man zu einigen Dingen Aussagen treffen, die jedoch dann noch in keinem Ausschuss diskutiert worden seien, sondern reines Produkt der Verwaltung seien. Es könnte zu den einzelnen Geschäftsbereichen eine Art Sachstandsbericht gegeben werden, wie weit die Vorbereitung von Konzepten sei, dazu vielleicht ein Fahrplan, wie man zu einem Endergebnis kommen wolle.

Wenn man die Maitagung ansteuern wolle, könnte man im Prinzip das darstellen, was man bis zu diesem Zeitpunkt schon sagen könne, z. B. zum Gebäudemanagement. Die Beigeordneten könnten berichten, welche Maßnahmepläne mit welchen Mitteln und in welchem Zeitrahmen sie erarbeiten wollen.

Die Frage sei nun, welche Vorstellungen die Stadträte haben, wie die Untersetzung des Konsolidierungskonzeptes sein müsste, damit der Stadtrat sich zu einer Beschlussfassung entscheiden könnte.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, fragte ob es noch eine Zuarbeit von dem Unternehmen BERGER geben werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, mehr sei nicht zu erwarten. Das Unternehmen setze sich noch mit einzelnen Dingen auseinander, wie HAVAG.

Herr **Kley**, FDP-Fraktion, stellte fest, wenn das vorgelegte Papier alles sei, das für 200 T€ abgeliefert worden sei, dann sollte man überprüfen, ob der Vertrag erfüllt worden sei. Er habe mehr erwartet.

Er fragte, ob auch der Kulturbereich in die Konsolidierung einbezogen sei; im Finanzausschuss sei gestern ein Vertrag vorgelegt worden, der für die Theater eine nach oben offene Finanzierung vorsehe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ging auf die geforderte Streichung der Öffnungsklausel ein. Dies sei von der Verwaltung mit dem Ergebnis geprüft worden, das man dies nicht könne.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, fragte, wie eine Konkretisierung von Maßnahmen erfolgen solle, wenn es um dezernatsübergreifende Bereiche gehe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, dass dann ein Verantwortlicher, ein Beigeordneter bzw. die zentrale Gruppe, die gebildet werden soll, für die entsprechende Maßnahme festgelegt werde.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, erklärte, es müsse ein Papier auf den Tisch, das den Stadträten Auskunft gibt, wie die qualifizierte Abarbeitung der Maßnahmen erfolgen solle. So erwarte er, dass die HAVAG eine konkrete Stellungnahme zu den 17 Millionen abgebe, eine Aussage der Gewerkschaften zu den vorgeschlagenen Maßnahmen in diesem Jahr. Die Beigeordneten sollten ihre Vorstellungen darlegen, wie sie die Eckpunkte, die im BERGER-Papier benannt worden seien, umsetzen wollen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fragte nach dem Zeitrahmen. Wenn man fristgemäß Vorlagen einbringen wolle, sei das nur im Juni möglich.

Herr **Misch** meinte, im Interesse der Sache sollte man den Juni anpeilen. Der Hauptausschuss sollte sich dennoch auf kürzere Zuleitungsfristen verständigen, dann hätte die Verwaltung mehr Zeit, das Papier qualifizierter zu erarbeiten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** gab zu bedenken, was der Termin Juni bedeute. Man habe dann Ende Juli einen Haushalt; für alle Planungen sei das verheerend. Sie plädiere für den Maitermin, aber ohne Fristverkürzung gehe das nicht.

Herr **Sänger** erinnerte, dass habe man angeboten.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, verwies auf bestimmte Regularien, deren Nichteinhaltung vom Stadtrat oft kritisiert worden sei. Wenn nicht alle Stadträte dem zustimmten, sei ein solches Verfahren obsolet.

Er sei für schnelles Handeln, die Frage sei nur, wie man eine Verabredung hinbekomme, die dann wirklich einen Stand beschreibe, der in einem vernünftigen Zeitrahmen abgearbeitet werden könne und dann auch dazu führe, dass man eine Beschlussvorlage habe, über die man konstruktiv abstimmen könne.

Das Problem in diesem Verfahren sei, wieviel Unvollständigkeit ertragen werden könne, um zu sagen, man könne jetzt darüber abstimmen.

Herr **Kley** meinte, in einer Fristverkürzung sehe er das Problem, dass es sein könnte, dass das neue Papier nicht zufriedenstellend sei und dann reiche die Zeit zum Nachbessern nicht aus.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bestätigte dieses Problem mit dem Beispiel HAVAG, bei dem in einem zeitaufwendigen Prozess zu einem Ergebnis zu kommen sei. Sie meine, ein ordentliches Papier könne erst bis zum Herbst fertiggestellt, man müsse sich jetzt auf eine Zwischenlösung verständigen.

Herr **Kley** äußerte, dass man gedacht habe, dass bei erneuter Vorlage des Konsolidierungskonzepts ein paar harte Beschlüsse mit gefasst werden, mit denen der Stadtrat beschliesse, dass die Verwaltung beauftragt werde, die Privatisierung von diesem oder jenen Bereich umgehend vorzubereiten und dann vorzunehmen.

Frau **Wolff** stimmte diesem Gedanken zu. Einen anderen Punkt sehe sie in dem Endpapier von BERGER, von dem wie mehr erwartet habe.

Sie habe sich die Mühe gemacht und das Buch "Sparen in der Kommune" ausgewertet. Dort finde man alle Eckwerte, die in der BERGER-Studie zusammengefasst seien, fast wörtlich wieder. Von solch einem renommierten Unternehmen hätte sie erwartet, dass auch Vorschläge, die beschlussfähig seien, gemacht würden.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, ging auf die Presseerklärung des Regierungspräsidiums ein, die ihn irritiert habe.

Frau **Wolff** fragte zum Reformmanagement und den dadurch entstehenden Kosten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, wenn dieser Prozess in der vorgeschlagenen Tiefe gestaltet werden solle, werde es zusätzliche Kosten verursachen, werde zur Vergrößerung des Defizits in den ersten Jahren führen, damit ein Abbau am Ende kommen könne. Gespräche mit einem möglichen Reformbeauftragten seien geführt worden.

Herr **Müller**, PDS-Fraktion, äußerte, die angedachten Einzelmaßnahmen sollten je nach Zuständigkeit noch in den Ausschüssen diskutiert werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies darauf, dass das in dieser kurzen Zeit nicht möglich sei, dass könne man erst bis Oktober machen. Jetzt könne man nur dazu kommen, dass man sich mit einem Ansatz der Untersetzung des Konsolidierungskonzeptes einverstanden erkläre, die man zur Kenntnis nehme.

Herr **Stemme**, UB-Fraktion, erklärte, seine Fraktion könne sich vorstellen, es vor dem Sommer zu schaffen, denn seiner Meinung nach gebe es schon einen guten Erarbeitungsstand in der Verwaltung, man nicht bei Null anfangen. Auch im Stadtrat und in den Ausschüssen seien in den letzten Jahren schon viele Dinge beraten worden, das sollte konkret festgemacht werden. Über das, was in dem BERGER-Papier an neuen Vorschlägen gekommen sei, sollte man konkret nachdenken.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** schlug vor, in der nächsten Beigeordnetenkonferenz darüber zu beraten, zu welchen Konsolidierungsmaßnahmen in den Geschäftsbereichen man konkrete Beschlussvorschläge unterbreiten könne, z.B. bei Kita, Gebäudemanagement.

Das Ergebnis dieser Beratung könnte dann den Fraktionen vorgelegt werden.

Als **Termin** dafür wurde Freitag, **26.04.2002**, benannt.

Damit wurde die Diskussion zu diesem Punkt beendet. Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

## **Zu TOP 05 – Mitteilungen**

---

Es wurden keine Mitteilungen abgegeben.

Die Vorsitzende des Hauptausschusses beendete die 27. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

**Ingrid Häußler**  
Oberbürgermeisterin  
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft  
Protokollführerin

Protokollantin: Panian